

Adlai E. Stevenson in Bonn und Berlin

Der jetzige, mit Kabinettsrang ausgestattete Chefdelegierte der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, Adlai E. Stevenson, hielt sich auf einer Europareise am 2. und 3. April in der Bundesrepublik auf. Stevenson wurde vom Bundespräsidenten empfangen und hatte u. a. mit den Ministern Schröder und Erhard Besprechungen. Am Abend des 3. April hielt Botschafter Stevenson in der Bonner Beethovenhalle vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik einen Vortrag über die Rolle der Vereinten Nationen in der heutigen Weltpolitik. Während eines Zwischenbesuchs in Berlin nahm er die Gelegenheit wahr, sich die Zustände an der Mauer anzusehen und sich über die dortige Lage im einzelnen zu unterrichten.

Neue Beschwerde an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen

Das Kuratorium Unteilbares Deutschland überreichte der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in New York erstmals am 25. September 1962 eine Beschwerde wegen der Verletzung von Menschenrechten seit Errichtung der Mauer in Berlin. Da die in dieser Beschwerde aufgeführten Verletzungen der Menschenrechte andauern, sah sich das Präsidium des Kuratoriums veranlaßt, eine weitere Beschwerde mit neuem Tatsachenmaterial der Menschenrechtskommission zuzuleiten. Der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums, Dr. W. W. Schütz, überreichte sie am 3. April 1963 dem Direktor der zu dieser Zeit in Genf tagenden Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (siehe Seite 82 dieser Ausgabe). Die Beschwerde nennt eine Fülle von einzelnen Verletzungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, für die das Beweismaterial jederzeit zur Verfügung steht. Das Kuratorium bittet die Menschenrechtskommission festzustellen, daß die unmenschlichen Zustände jenseits der Berlin und ganz Deutschland trennenden Mauer eine Verletzung der Menschenrechte bedeuten.

Zu den Unterzeichnern der Beschwerde gehören u. a. der frühere Reichspräsident Paul Löbe, Dr. Heinrich von Brentano, Dr. Eugen Gerstenmaier, Dr. Erich Mende, Bertha Middelhaue als Vorsitzende des Deutschen Frauenrings, Erich Ollenhauer, Ludwig Rosenberg, Dr. W. W. Schütz und Herbert Wehner in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen.

Weltgesundheitsstag

„Hunger — die Krankheit von Millionen“ lautete das Thema des diesjährigen Weltgesundheitsstages, der jährlich Anfang April in der ganzen Welt stattfindet, um die Menschen nicht nur auf die Bedeutung der Gesundheit, sondern zugleich auf die Notwendigkeit der Vorsorge für die Gesunderhaltung und auf die Schwerpunkte der Gesundheitsgefährdung hinzuweisen. Den gegenwärtigen weltweiten Kampf gegen den Hunger will die Weltgesundheitsorganisation (WHO) dadurch unterstützen, daß sie ihrerseits die Öffentlichkeit auf die Bedeutung der mangelhaften Ernährung, insbesondere durch das Fehlen bestimmter lebensnotwendiger Mengen von Eiweiß und Vitaminen, aufmerksam macht.

Die Veranstaltung der Bundesregierung fand am 5. April in der Bod Godesberger Redoute statt, wo die Bundesministerin Dr. Schwarzhaupt und der Direktor des Physiologisch-Chemischen Instituts der Universität Hamburg, Professor Dr. Joachim Kühnau, sprachen. Auch in anderen Städten der Bundesrepublik — so in Berlin und München — fanden Anfang April Vortragsveranstaltungen statt. Eine Veranstaltung in Heidelberg verdient besonders erwähnt zu werden. Sie wurde von der Gesundheitskommission der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen in Verbindung mit einigen anderen Organisationen durchgeführt. Der stellvertretende Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Professor Fischnich (Deutschland), Professor Wilbrandt (Berlin), Landestierarzt Dr. Poppe (Bremen) und Professor Jusatz (Heidelberg) hielten die Referate.

Deutscher Beitrag für das Welternährungsprogramm — Boerma und Fischnich in Bonn

Der Exekutivdirektor für das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, Boerma, stattete am 8. und 9. April in Begleitung des deutschen Direktors bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), Professor Fischnich, der Bundesrepublik einen Besuch ab, um Fragen der technischen Abwicklung des deutschen Beitrags zu klären. Die Bundesregierung hat für das am 1. Januar 1963 angelaufene Welternährungsprogramm für die Dauer von drei Jahren einen Betrag von jährlich 11 Mill. DM in Aussicht gestellt, davon 15 vH in bar und 85 vH in Waren und Dienstleistungen (Schiffstransporte).

Direktor Boerma berichtete vor deutschen Regierungsvertretern in Bonn, daß sich bis jetzt an dem Welternährungsprogramm 46 Länder mit einem Beitrag von insgesamt 90 Mill. Dollar beteiligen. Die Zusagen weiterer Länder werden erwartet, so daß der nach den Plänen des Welternährungsprogramms benötigte Gesamtbetrag von 100 Mill. Dollar erreicht werden dürfte. Bemerkenswert ist, daß sich an dieser Aktion der FAO außer den großen Industriestaaten auch kleine Länder, ja selbst Entwicklungsländer Asiens und Afrikas beteiligen. Boerma berichtete, daß er im Laufe der letzten Monate etwa 30 Länder in den verschiedensten Teilen der Welt besucht habe, um an Ort und Stelle nach eigenem Augenschein zu klären, welche Lebensmittel benötigt werden und auf welchem Wege im Kampf gegen den Hunger am besten geholfen werden kann.

Die Frage, welche Waren die Bundesrepublik im einzelnen beisteuern kann, hängt im wesentlichen davon ab, was von Fall zu Fall bei den Hilfsaktionen benötigt wird. Die Wünsche der hilfsbedürftigen Länder erstrecken sich vor allem auf Reis, Zucker, Hülsenfrüchte, Trockenfisch, Magermilch, Fischmehl und andere Futtermittel sowie auch auf Getreide. Leider sind von den sich am Welternährungsprogramm beteiligenden Ländern bisher weder Reis noch Zucker angeboten worden. Diese Waren gelten auf dem Weltmarkt nicht mehr als Überschufgüter. Da keine Spenden eingingen, müssen Reis und Zucker von der FAO gegen bar beschafft werden. Bei Reis versucht man nach Möglichkeit auf Weizen auszuweichen, der beispielsweise von Kanada und USA in großem Umfange angeboten wurde. Allerdings ist dieser Austausch wegen der bestehenden Verzehrsgewohnheiten nicht in allen Fällen möglich, wie Exekutivdirektor Boerma berichtete.

Zur Zeit bearbeitet die FAO 24 Hilfsprojekte, etwa 30 weitere Anträge liegen bereits vor. Sobald die Bearbeitung der Projekte abgeschlossen ist, wird die FAO der Bundesregierung mitteilen, für welche Warenarten und Länder Hilfeleistungen in Aussicht genommen sind.

Seit dem Anlaufen des Welternährungsprogramms am 1. Januar 1963 hat die FAO schon bei verschiedenen Katastrophenfällen helfen können. So im Januar bei einer Überschwemmungskatastrophe in Marokko, bei der 200 000 ha Land überschwemmt und große Getreidemengen einschließlich des Saatgutes vernichtet wurden. Ein anderes Mal bei der Erdbebenkatastrophe in Iran, wo die FAO mit Zucker- und Teellieferungen aus Indien half. Die Bundesrepublik ist bisher lediglich mit Transportleistungen ihrer Handelsschiffe in Anspruch genommen worden. Sie wird jedoch demnächst zu Hilfeleistungen für ein Entwicklungsprojekt in Tanganjika herangezogen werden. Dieses Projekt sieht vor, 2 000 Familien in einer neuen Siedlung sesshaft zu machen und 1½ Jahre lang bis zur ersten Ernte vom Welternährungsprogramm zu unterhalten.

Die FAO hat die Hoffnung, daß ähnliche Vorhaben mit deutscher Beteiligung auch in anderen Entwicklungsländern helfen werden, die Lebensgrundlage der Bevölkerung in unterentwickelten Ländern entscheidend zu verbessern.

Botschaftsrat Frank im Planungsstab

Dr. Paul Frank, seit drei Jahren Botschaftsrat beim Ständigen Beobachter der Bundesrepublik bei den Vereinten Natio-

nen in New York, ist als Mitglied des von Außenminister Dr. Schröder neu gegründeten Planungsstabes Ende April in das Auswärtige Amt berufen worden.

Prinz Sadruddin Aga Khan besucht die Bundesrepublik

Als Gast der Bundesregierung hat der stellvertretende Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), Prinz Sadruddin Aga Khan, vom 5. bis 11. Mai die Bundesrepublik besucht. Er wurde von Bundespräsident Lübke und Bundesvertriebenenminister Mischnik sowie anderen führenden Persönlichkeiten empfangen. Zweck der Besuchsreise war es, die Flüchtlingsprobleme der Deutschen und der Ausländer auf westdeutschem Boden, die dem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen unterstehen, zu studieren. So besuchte der Gast verschiedene Lager in der Bundesrepublik und andere soziale Einrichtungen.

Prinz Sadruddin hielt während seines Deutschlandaufenthalts Vorträge in Bonn, Bad Godesberg, Bremen und München. Die Bonner Veranstaltung fand in der Redoute auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen statt. Über 400 Personen nahmen daran teil, unter ihnen eine Anzahl Botschafter und weitere führende Personen. Der Vortrag ging von den deutschen Flüchtlingen aus, die in die Bundesrepublik kommen und sämtliche Rechte und Privilegien eines deutschen Staatsbürgers erhalten. Die internationalen Flüchtlinge dagegen sind staatenlos. Sie werden durch das Amt des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge betreut. Sie haben ihre Heimat aus Angst vor Verfolgung, aus rassischen beziehungsweise religiösen Motiven oder aus Gründen ihrer Staatsangehörigkeit verlassen und vorerst keine neue Heimat gefunden. 1955 lief das Hilfsprogramm des Flüchtlingskommissars auf dem Gebiet der Bundesrepublik an. Zur damaligen Zeit lebten 13 000 internationale Flüchtlinge in Lagern. Wenige nur im Vergleich zur Zahl der deutschen Flüchtlinge. Ihr Los war jedoch besonders hart, da sie damals bereits im Durchschnitt 13 bis 14 Jahre im Lager gelebt hatten. In Deutschland gäbe es noch rund 10 000 staatenlose Flüchtlinge, für die noch keine ausreichende Integrierung erreicht worden sei. Die meisten dieser Menschen stammen aus östlichen Ländern. Ihre Eingliederung in die allgemeinen Verhältnisse bereite besonders dann Schwierigkeiten, wenn es sich um körperlich oder geistig behinderte Menschen handele. Nachdem es gelungen sei, den größten Teil der europäischen Flüchtlingsfragen zu lösen, seien neue Flüchtlingsprobleme in Afrika, so in Angola und in Rwanda, aber auch in China beziehungsweise Hongkong entstanden.

Prinz Sadruddin Aga Khan ist ein Sohn des verstorbenen Aga Khan. Er hat in der Harvard-Universität studiert und promovierte 1954 auf dem Gebiet staatlicher und internationaler Beziehungen. In den darauf folgenden Jahren widmete er sich insbesondere dem Studium der Länder des Mittleren Ostens. Er steht seit 1958 im Dienste der UNO. 1960 wurde er zum Sonderberater der UNESCO bei den Bemühungen um die Rettung der Nubien-Denkmalen ernannt. Prinz Sadruddin ist führendes Mitglied zahlreicher internationaler Gesellschaften und Herausgeber einer englischen Literaturzeitschrift.

UNICEF-Komitees tagen in Köln

Auf Einladung des Deutschen UNICEF-Komitees haben die nationalen europäischen Komitees des Weltkinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), die jährlich einmal zu einer Arbeitstagung zusammentreten, ihre diesjährige Arbeitstagung vom 13. bis 15. Mai erstmals in Deutschland, und zwar in Köln, abgehalten. Die Tagungen dienen dem Gedanken- und Erfahrungsaustausch der nationalen Komitees untereinander und ihrer Unterrichtung über die neuesten weltweiten Hilfsprogramme des Weltkinderhilfswerks durch die UNICEF-Verwaltung. An der Kölner Tagung nahmen ausländische Delegationen aus Belgien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Irland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, der Schweiz, Spanien, Tunesien und den Vereinigten Staaten von Amerika teil. Begrüßungsansprachen hielten die Vorsitzende des Deutschen UNICEF-Komitees, Etta Gräfin Walderssee, Frau Wilhelmine Lübke in ihrer Eigenschaft als Schirmherrin des Deutschen Komitees, der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Theo Burauen, und der Generaldirektor des Welt-

kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, Maurice Pate, New York. Die Grüße der Bundesregierung überbrachte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Walter Scheel, der auch den Festvortrag der öffentlichen Veranstaltung in Gürzenich hielt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in den Jahren 1949 bis 1953 selbst Nutznießer von vier UNICEF-Hilfsprogrammen gewesen. Sie bestanden in der Lieferung von Rohmaterialien wie Leder, Baumwolle und Wolle sowie der Verarbeitung dieser Rohwaren in Flüchtlingsbetrieben, um diesen die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeiter in einer Krisenzeit auch weiterhin beschäftigen zu können. Insgesamt wurden 2 150 000 Kinder mit UNICEF-Sachen beschenkt. Weiterhin wurden Nahrungsmittel geliefert, Vollmilchpulver, Lebertran, Streptomycin; ferner ärztliche Instrumente, medizinische Apparate für die Behandlung körperbehinderter Kinder. Die Unkosten für Transport, Verwaltung, Lagerung usw. wurden vom Bund und den Ländern getragen.

Seit 1950 zahlt die Bundesrepublik Deutschland jährlich einen freiwilligen Beitrag an das Weltkinderhilfswerk. Für dieses Geld werden bei der deutschen Industrie die für UNICEF-Hilfsprogramme benötigten Hilfsmittel eingekauft. Seit dem 1. Januar 1957 gehört die Bundesrepublik dem Verwaltungsrat von UNICEF an. Im Juni 1953 wurde das Deutsche UNICEF-Komitee gebildet. Vorsitzende ist Etta Gräfin Walderssee. Die Aufgaben des Komitees sind: 1. Die Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit über Ziele und Zwecke von UNICEF; 2. das Interesse der deutschen Öffentlichkeit für eine internationale Zusammenarbeit zum Wohle der notleidenden Kinder in aller Welt zu wecken und zu fördern; 3. der Verkauf von UNICEF-Grußkarten.

Deutschland und die Entwicklungshilfe — Tagung in Düsseldorf

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen hielt am 16. und 17. Mai 1963 in Düsseldorf im Haus des Landtags eine Arbeitstagung unter dem Thema „Deutschland und die Entwicklungshilfe“ ab. Botschafter und Geschäftsträger der in Bonn akkreditierten ausländischen Missionen, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Vertreter aus Finanzen und Wirtschaft, der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften wie auch Angehörige der studentischen Organisationen nahmen teil. Die Tagung wurde von Landtagspräsident Johnen, zugleich in seiner Eigenschaft als Präsident des Landesverbandes der DGVN, eröffnet. Dann sprach der Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Professor Dr. F. K. Vialon, über Ziele und Methoden der bilateralen Entwicklungshilfe. Als zweiter Referent gab Direktor V. Duckworth-Barker vom Europäischen Büro der Vereinten Nationen in Genf einen Überblick über die bedeutenden Leistungen der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der multilateralen Entwicklungshilfe. Die Vorträge waren die Grundlage für die am Nachmittag des 16. und am Vormittag des 17. Mai in mehreren Gruppen durchgeführten Arbeitssitzungen. In ihnen diskutierten Teilnehmer der Tagung Einzelfragen der Entwicklungspolitik.

Professor Dr. Bülow wird Staatssekretär

Der bisherige Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium und Leiter der Zivilrechtlichen Abteilung, Professor Dr. Arthur Bülow, wurde vom Bundespräsidenten am 27. Mai 1963 zum Staatssekretär des Bundesjustizministeriums ernannt. Professor Bülow stammt aus der Uckermark und hat die normale Laufbahn eines Ministerialbeamten durchschritten. Er war früher auf dem zivilrechtlichen Sektor im Reichsjustizministerium und nach dem Kriege im Zentraljustizamt für die Britische Zone sowie im Bundesjustizministerium tätig. 1953 wurde er zum Honorarprofessor in der juristischen und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität in Bonn ernannt. Hier lehrt er auf dem Gebiet des nationalen und internationalen Zivilprozesses. Professor Bülow war wiederholt Leiter bundesdeutscher Delegationen bei Konferenzen der Vereinten Nationen und hat sich bei der Vorbereitung und beim Abschluß zahlreicher Übereinkommen um die internationalen Rechtsbeziehungen auf dem Gebiet der bürgerlichen Rechtspflege verdient gemacht.